

# Beantwortung Wahlprüfsteine

## BUND Sachsen vom 16. Mai 2024

1. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern eine ambitionierte Klimapolitik zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze aus dem Pariser Klima-Abkommen. Konkret: Nullemissionen bis spätestens 2035 und damit null fossile Brennstoffe bei Strom, Wärme, Mobilität, Kunststoffen und Landwirtschaft.

Prinzipiell gilt: je eher wir als Gesellschaft klimaneutral werden, desto besser. Wir stehen zum Pariser Klima-Abkommen. Wir sollten jedoch nicht ständig über ein neues Datum diskutieren, wenn der Weg bis dahin nicht geklärt oder mit gesellschaftlichen und sozialen Unwägbarkeiten ausgelegt ist. Wir halten uns an Beschlüsse, Vereinbarungen und Gesetze. Alles andere führt zu Verunsicherungen. Die EU hat beschlossen bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden, in Deutschland möchten wir das bis zum Jahr 2045 schaffen. Das sind ambitionierte Ziele und bereits bei den Emissions-Zwischenzielen für 2030 müssen wir in Deutschland aller Voraussicht nach noch eine Schippe drauflegen.

Nullemissionen sind eine noch größere Herausforderung als Netto-Null-Emissionen und müssen stets auch mit sozialen und wirtschaftlichen Zielen in Einklang gebracht werden. Der Kohleausstieg ist beschlossen und der Ausstiegspfad beschrieben. Die Braunkohle wird nach derzeitigem Wissen deutlich vor 2038 unwirtschaftlich werden. Eine ambitionierte Klimapolitik, die in unserer Demokratie auf breite Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger stoßen soll, muss daher neben der (Energie)Versorgungssicherheit auch die Energiepreise und andere soziale und wirtschaftliche Faktoren im Auge behalten und nicht zu einer Überforderung von gesellschaftlichen Gruppen führen.

2. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern eine deutlich reduzierte Tierhaltung – für den Klimaschutz, aber auch für den existenziell und wirtschaftlich genauso wichtigen Schutz von Biodiversität und Ökosystemen.

Wir sehen derzeit keine gesellschaftlichen Mehrheiten für eine deutlich reduzierte Tierhaltung. Dennoch verstehen wir den Gedanken dahinter. Die SPD setzt sich aktuell auf EU-Ebene dafür ein, „bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung [...] konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls [zu] setzen.“ Auch in unserem sächsischen Regierungsprogramm ist das ein wichtiges Thema. Wir wollen lokale und regionale Verwertungsketten von sächsischen Tierprodukten weiter stärken und so Tiertransporte minimieren. Auch die Umstellung von Betrieben auf ökologische Tierhaltung wollen wir erleichtern.

3. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern einen vollständigen Ausstieg aus der Pestizidnutzung in zehn Jahren.

Der Pflanzenschutz steht im Spannungsfeld von Zielkonflikten: Umwelt- und Gesundheitsrisiken einerseits, die Ernährungssicherheit andererseits. Wir wollen den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel weiter reduzieren und minimieren. Wir sehen großes Potential bei präziseren Ausbringungstechniken, bei Verbesserungen in Schutzgebieten und Optimierungen durch digitale Lösungen (bspw. eine bessere Datenverfügbarkeit durch mehr Schnittstellen bei den Datenbanken von Bund und Ländern). In bestimmten Bereichen wie Sonderkulturen (bspw. beim Wein- und Obstbau) können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon ausgehen, dass es kurz- bis mittelfristig zu einem vollständigen Ausstieg aus der Pestizidnutzung kommen kann, setzen aber große Hoffnung in den integrierten Pflanzenschutz und die Forschung. Unsere Forderung „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ soll auch hier bei Ökosystemdienstleistungen zum Tragen kommen. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen aus der Landwirtschaft nach einem geförderten Einstieg in eine Mehrgefahrenversicherung, die bei bestimmten Ernteaussfällen zur Anwendung kommt.

4. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern einen konsequenten und flächendeckenden Artenschutz – mit Einhaltung und Kontrolle der beschlossenen Maßnahmen, etwa bei Birkhuhn, Fischotter, Wolf und Feldhamster.

Wir bekennen uns zu Natur- und Artenschutz sowie biologischer Vielfalt in Sachsen. Das gilt für alle Arten. Wir müssen aber auch feststellen, dass es durch die Ausbreitung von Wolf und Fischotter zu immer größeren Schäden in der Weidetierhaltung bzw. der Teichwirtschaft kommt und dies nicht nur zu Unmut im ländlichen Raum und insbesondere in den betroffenen Regionen des Freistaates, sondern auch zu wirtschaftlichen Schäden geführt hat. Es kann nicht darum gehen, den Artenschutz zu jedem Preis gegen die Betroffenen durchzusetzen, vielmehr müssen wir zu einem Miteinander von Mensch und Tier kommen. Beim Wolf plädieren wir für ein regional angepasstes Bestandsmanagement, die schnelle Entnahme von Problemwölfen, die Verbesserung des Herdenschutzes und dessen Förderung sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Weidetierhaltung. Beim Fischotter sehen wir die Notwendigkeit der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Konfliktmanagements, der Präventions- und Ausgleichsmaßnahmen sowie der Beratung.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die biodiversitätsfreundliche Bewirtschaftung von Boden, Wald und Gewässern gefördert wird, denn durch Hecken, Büsche und Sträucher oder auch Blühstreifen am Feld- oder Waldrand entstehen wichtige Biotop. Die Einrichtung weiterer Biotopverbünde befürworten wir. Wir setzen auf eine regelmäßige Anpassung des Landeskonzeptes zum Umgang mit invasiven Arten, wollen die bundesländerübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz vor invasiven Arten ausweiten und die Öffentlichkeit besser informieren.

5. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern den Umbau der Agrarsubventionen – öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen. Konkret: Neustart auf allen Politikebenen. Vorrang für den Ökolandbau im Interesse von Naturschutz, Gewässer, Bodenfruchtbarkeit und Klima.

Wir wollen die Transformation der Landwirtschaft vorantreiben und haben dabei besonders die Themen „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ sowie eine regionale Wertschöpfung im Fokus. Eine nachhaltige Landwirtschaft bezieht den Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen in die Produktion ein. Auch konventionelle Betriebe können Beiträge zu mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft leisten. Daher wollen wir neben dem Ökolandbau auch Nachhaltigkeitsgewinne in konventionellen Betrieben fördern. Landwirte sollen von ihrer Arbeit leben können und unsere Gesellschaft mit hochwertigen Nahrungsmitteln versorgen. Daher wollen wir durch die Förderung nachhaltiger Produktionsmethoden, guter Arbeitsbedingungen und digitalisierter Arbeitsprozesse sowie einer regionalen Vermarktung ihre wirtschaftliche Leistung dauerhaft sichern.

Die SPD setzt sich auf EU- und Bundesebene dafür ein, mit Beginn der nächsten europäischen Agrarförderperiode 2027 die Flächenzahlungen zu beenden und durch gemeinwohlorientierte Honorierungen der Leistungen von Landwirtinnen und Landwirten zu ersetzen.

6. Stimmen Sie zu? Wir fordern die Verbesserung des Gewässerzustandes bei Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie für 100 % der Gewässer statt bisher 7 % möglichst bis 2027. Und ein Hochwasserrisikomanagement, das vorsorgend den Gewässern mehr Raum gibt und weniger auf technischem Wege abläuft.

Die EU verlangt, bis spätestens 2027 einen guten ökologischen und guten chemischen Zustand für Oberflächengewässer sowie ein gutes ökologisches Potenzial und einen guten chemischen Zustand für erheblich veränderte oder künstliche Gewässer zu erreichen. Aktuell befinden sich in Sachsen weniger als 7 Prozent der Fließgewässer und 43 Prozent der stehenden Gewässer in einem guten Zustand. Wir werden alles versuchen, die notwendigen Verbesserungen wenigstens auf den Weg zu bringen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich der Zustand von Gewässern in solch einem kurzen Zeitraum kaum verbessern lässt und dafür auch bedeutende Kapazitäten für Planung und Finanzierung bereitgestellt werden müssen. Hierfür liegen die Vorschläge der SPD für ein Investitionsvermögen mit dem Titel „Sachsenfonds“ auf dem Tisch. Wir wollen Flussrenaturierungen und v.a. das sächsische Auenprogramm fortsetzen und die Gründung von kommunalen Gewässerunterhaltungsverbänden anreizen. Wir wollen die Balance zwischen technischem und natürlichem Hochwasserschutz weiter halten. Unser Nein zum Elbeausbau hat Bestand, denn die Vorteile einer Nutzung als Transportweg wiegen die Nachteile mit Blick auf den Schutz von Natur und Biodiversität nicht auf. Die kleine Novelle des Sächsischen Naturschutzgesetzes im Juni 2024 ist leider nur ein minimaler Kompromiss. Im Rahmen zukünftiger Änderungen wollen wir darauf achten, das kommunale Vorkaufsrecht auch auf Gewässerrandstreifen auszuweiten.

7. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern die Konzentration auf ökologische Verkehre in der Verkehrspolitik. Konkret: Kein Straßenneubau, mehr Fahrradwege, Vorrang für Fuß-, Rad- und Bahnverkehr.

Im Straßenbau hat das SPD-geführte Verkehrsministerium das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ umgesetzt. Die SPD Sachsen wird weiterhin Neubauten auf notwendige Lückenschlüsse begrenzen und den Schwerpunkt auf Erhalt und Entlastung legen. Den Kommunen stellen wir dafür die notwendige Unterstützung zur Verfügung: Wir haben die Förderung des kommunalen Straßenbaus deutlich vereinfacht, die pauschalen Zuweisungen an die Kommunen erhöht und damit die kommunale Selbstverwaltung gestärkt. Dem Leitgedanken, dass die Verantwortlichen vor Ort am besten wissen, was Bürgerinnen und Bürger und Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen und dies stärker in eigener Verantwortung umsetzen, wollen wir weiter folgen. Um Bürger:innen zu entlasten, werden wir die Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen.

Wir haben die Radverkehrsförderung deutlich verbessert und die bereitgestellten Mittel erhöht. Aber die Umsetzung gestaltet sich noch zu komplex und zu langsam. Deshalb werden wir die Planungsprozesse für den Bau von Radwegen und Radschnellwegen beschleunigen und dabei die Umweltverträglichkeitsprüfung vereinfachen. Wir brauchen zeitnah umsetzbare Maßnahmen für alltagstaugliche und sichere Radverkehrsverbindungen. Deshalb setzen wir mit dem Projekt ALRad weiter darauf, die Landkreise und Gemeinden dabei zu unterstützen, Lücken im bereits bestehenden Nebennetz zu schließen. Wir haben die Finanzierung der Geschäftsstelle des „wegebund“ sichergestellt und wollen dies auch weiter tun. Damit stärken wir die Kommunen bei der Organisation des Rad- und auch des Fußverkehrs.

Bei kurzen Wegen ist das Zufußgehen die gesündeste und umweltfreundlichste Mobilitätsart. Wege zu Fuß zurückzulegen ist sozial- und umweltverträglich. Wir wollen den Fußverkehr weiter stärken und seine Belange wie Barrierefreiheit, Sicherheit und Aufenthaltsqualität bei der Förderung von Infrastrukturen und ÖPNV künftig besser berücksichtigen. Zudem werden wir die Kommunen bei der Konzeption und Umsetzung fußverkehrsfreundlicher Maßnahmen unterstützen.

Die sächsische SPD denkt Mobilität ganzheitlich. Dazu gehört auch ein gut ausgebauter und bezahlbarer ÖPNV, in der Stadt wie auf dem Land, sowie die richtige Infrastruktur. Elektrifizierte und ausgebaut sowie zusätzliche /reaktivierte Bahnstrecken, sanierte Straßen und neue Radwege ebenso wie Ladesäulen und Tankstellen für die Antriebe der Zukunft ermöglichen in der flexiblen Verzahnung aller Verkehrsträger eine Mobilitätswende, die sozial gerecht und umweltfreundlich ist. Um den flächendeckenden Ausbau moderner Infrastrukturen weiter voranzubringen, organisieren wir ein Update der rechtlichen Rahmenbedingungen für Lösungen wie Car- und Bikesharing, Rufbusse, Mitfahr-Apps und weitere On-Demand-Angebote. Besonders wichtig ist uns, dass junge Menschen den ÖPNV einfach und kostengünstig nutzen können. Dank der SPD gibt es seit 2021 das Bildungsticket. Es ist einfach und preiswert, fast 200.000 Schüler:innen und Freiwilligendienstleistende nutzen es. Wir wollen es fortführen, den Preis von 15 Euro pro Monat halten und das Nutzungsgebiet auf ganz

Sachsen ausdehnen. Weil zu einem guten ÖPNV auf dem Land mehr gehört als der Schulbus, haben wir für mehr Takt- und Plusbusse gesorgt. Wir wollen das Angebot zu Nacht-, Wochenend- und Randzeiten weiter verbessern. Den Anteil der Menschen, die an das ÖPNV-Grundnetz angebunden sind, wollen wir weiter steigern. Damit die Mittelstädte und ländlichen Räume stärker von den Metropolen profitieren, wollen wir für mehr umsteigefreie Verbindungen sorgen und die S-Bahnen rund um Dresden und Leipzig sowie das Chemnitzer Modell weiter ausbauen. Wir wollen das Potenzial ländlicher Bahnhöfe heben und sie zu Mobilitätsdrehscheiben ausbauen: mit Park&Ride-Flächen, Ladestationen für Elektrofahrzeuge, Radabstellplätzen sowie Rufbussen und weiteren On-Demand-Angeboten.

8. Stimmen Sie der folgenden Forderung zu? Wir fordern eine Nachhaltigkeitspolitik, welche soziale Gerechtigkeit durch Ausgleichsmaßnahmen für untere Einkommensgruppen wahrt – und im Blick behält, dass die größten Verteilungswirkungen von Umweltzerstörung und nicht von der Umweltpolitik ausgehen.

Dem können wir zustimmen, da es sich im Wesentlichen mit unseren sozialdemokratischen Positionen deckt. Klima- und Umweltgerechtigkeit beruhen auch auf diesen Prinzipien. Jegliche Nachhaltigkeitspolitik wie bspw. Klima-, Natur- und Artenschutz wird nur gesellschaftliche Akzeptanz finden, wenn finanzielle Nachteile vor allem für kleine und mittlere Einkommen ausgeglichen werden und umweltschädliches Verhalten auch mit Blick auf die Größenordnung sanktioniert wird, ergo große Verursacher sollen auch mehr zahlen. Das Klimageld kann so ein Ansatz sein, müsste aber im Hinblick auf Verursacherschaft und soziale Verteilungsgerechtigkeit weiter verbessert und ausdifferenziert werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, umweltschädliche Subventionen weiter abzubauen.